

# SPD demokratischer pressediens

P/XXV/159

26. August 1970

EWG-USA-Handelskrieg darf nicht stattfinden!

---

Große Verantwortung der EWG für Westeuropas  
Außenpolitik

Von Dr. Hans Apel MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion  
(Seite 1 - 2 / 60-Zeilen)

Will die CDU ein neues Programm?

---

Eine Glosse zu einem sehr ernsten Thema

Von Harry Tauber SPD-MdB  
(Seite 3 / 42 Zeilen)

"Recht auf Wohnung" in der Schweiz

---

Volksbegehren für verfassungsmäßig gesicher-  
tes Wohnrecht

(Seite 4 / 46 Zeilen)

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9153  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 90 37 - 38  
Telex: 883 848/886 847/  
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

EWG-USA-Handelskrieg darf nicht stattfinden!

Große Verantwortung der EWG für Westeuropas Außenpolitik

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Gefahren eines Handelskrieges zwischen den USA und Westeuropa sind keineswegs bereits gebannt. Bei genauer Betrachtung der Ergebnisse der Zusammenkunft der Vertreter der EWG, Großbritanniens, Japans und der USA am 31. Juli und 1. August in Genf muß festgestellt werden, daß weniger als ein Waffenstillstand vereinbart worden ist.

Im amerikanischen Kongreß sind auch nach dieser Besprechung die parlamentarischen Arbeiten an einem Gesetz zur Beschränkung der Einfuhr von Textilien und Schuhen zielbewußt vorangetrieben worden. Die Wegen emotionaler Argumentation sind unübersehbar. Die US-Wirtschaft müsse - so heißt es - vor Importen geschützt werden, die wegen der zu niedrigen Löhne überseeischer Hersteller - Lohndumping also - zu billig angeboten würden.

Der Kongreß steht vor seiner Wahl im Spätherbst dieses Jahres. Das erklärt manches, macht aber auch die Gefahr deutlich, daß die jetzige Vorlage vor ihrer Verabschiedung noch weiter verschärft werden könnte. Kennen der hiesigen Szene erwarten das und fragen sich, wie ernst die Ankündigung des Weißen Hauses ist, notfalls vom Vetorecht des Präsidenten Gebrauch zu machen.

Die Lage ist für uns politisch nicht einfach. Nichts wäre und ist ungeschickter, als den USA notfalls Revanche anzudrohen. Eine etwaige Belastung der EWG-Importe von US-Sojabohnen träfe nicht nur die europäischen Konsumenten, sie würde auch mit Sicherheit wieder Gegenmaßnahmen auslösen. Nicht jedem paßt es z.B., daß sich der Volkswagen auf den Straßen der USA einen

eindrucksvollen Marktanteil erobert hat.

Die Ursachen für den noch vor dem Abschluß der Zollsenkungsrunde - der sogenannten Kennedy-Runde - wieder erwachenden Protektionismus müssen untersucht werden. Und es kann nicht übersehen werden, daß die EWG keinen Grund hat, "den Splitter im Auge" des amerikanischen Handelspartners überzubewerten. Wenn es um Sünden wider den Geist des internationalen Handels geht, dann hat die Agrarpolitik der EWG kräftig mitgeholfen, in den USA die Kräfte des Protektionismus zu stärken. Diese Politik überfordert nicht nur zunehmend die Budgets der EWG-Länder. Sie ist darüber hinaus ein unüberschaubarer Störfaktor des Welthandels, der US-Exporte nach Westeuropa und einer etwaigen Erweiterung der Sechser-Gemeinschaft um Großbritannien und der anderen Beitrittswilligen.

Hier, in den USA, wird vor allem vornehmlich, wie wenig es bisher Westeuropa gelungen ist, seine Stimme in allen Fragen der Handelspolitik einheitlich zu erheben. Und das kann eben nur noch einheitlich und nicht mehr national, d.h. unterschiedlich, erfolgen. Wir müssen die politischen Konsequenzen aus der Verwirklichung der EWG-Zollunion endlich ziehen und unsere handelspolitischen Interessen einheitlich vertreten.

Es kann auch nicht übersehen werden, daß es politisch unglücklich wäre und auf jeden Fall vermieden werden muß, daß ausgerechnet jetzt, nach dem möglichen Neubeginn unserer politischen Beziehungen mit der Sowjetunion und dem Ziel eines Ausbaus unserer wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Osten, handelspolitische Schwierigkeiten mit unseren amerikanischen Freunden entstehen. Hier liegt eine große Verantwortung der EWG für Westeuropas Außenpolitik. Auch im Bereich der Handelspolitik ist die westliche Fundierung unserer Politik die Basis und die Voraussetzung für neue Entwicklungen nach Osten. Deshalb muß intensiver als bisher verhandelt, müssen Klischees überwunden und alle handelspolitischen Schwierigkeiten offen diskutiert werden mit dem Ziel, die internationale Solidarität im Welthandel zu stärken.

## Will die CDU ein neues Programm?

Eine Glosse zu einem sehr ernstem Thema

Von Harry Tallert SPD-MdB

Könnte man die wahnenden Stimmen der Abgeordneten Pöhl und Frau Kalinke ernst nehmen, man müßte glauben, die CDU wäre im Begriff, eine "halblinke" Partei zu werden. Die linken Anfechtungen veranlaßten Frau Kalinke zu einer Speechenfrage: Die Union soll Farbe bekennen, wie sie es mit der Freiheit des Einzelnen hält.

Im Klartext: Frau Kalinkes tiefe Sorge gilt den Versicherungspflichtgrenzen. Sollte sich in der CDU der "Sozi-Trend" durchsetzen, die Versicherungspflichtgrenzen weiter abzuheben, möglicherweise eines Tages sogar abzuschaffen, so bliebe dann die Freiheit des Einzelnen, die Risiken des Einzelnen, die Risiken von Krankheit und Alter ohne Arbeitgehaltanteil aus eigener Tasche zu tragen? Und wie würde sich dies auf die Bilanzen der privaten Versicherungen auswirken?

Herrn Pöhles Überlegen an "halblinken" Denkbüchern in seiner Partei konzentriert sich nach Herkunft und Wirkungskreis auf Wirtschaft und Industrie. Das Nachdenken über Steuergerechtigkeit, Vermögensbildung und Mitbestimmung geht diesen Harold deutschen Unternehmerkump auf die Nerven.

Die Wurzel des Übels ist der Entwurf einer Kommission der CDU, der der Partei zu einem zeitgemäßen Programm verhelfen soll. Das neue Programm wird länger und komplizierter sein als das alte, das sich durch Kürze und Klarheit auszeichnete. Das alte Programm kam aus wenigen Kornblättern aus, die selbst in entlegenen Gebieten des Bayerischen Waldes jedermann verständlich waren: 1/Die CDU ist die Kanzlerpartei, 2/ die SPD ist die Oppositionspartei, 3/ jede Änderung von 1 und 2 bedeutet Untergang, und 4/ der liebe Gott hat die FDP zu dem Zweck erschaffen, daß die CDU die Kanzlerpartei ist und bleibt.

Das neue Programm muß reflektieren: 1/ Die CDU ist nicht die Kanzlerpartei, 2/ die SPD ist nicht die Oppositionspartei, 3/ der Untergang... fand nicht statt, 4/ die FDP ist zweckentfremdet, 5/ jeder dritte Bundesbürger lebt in der Großstadt, 6/ BILD-Leser besitzen meistens ein Fernsehgerät, und 7/ wer über Reformen nicht zumindest redet, kann nicht mehr mitreden, und mitreden genügt nicht.

Die Aufzählung zeigt, daß es die CDU-Programmierer nicht leicht gehabt haben. Der schlimmste Ärgers ist der Überflüssige, mögen die Pöhles und Kalinkes meinen.

Frage an Radio Eriwan: Trifft es zu, daß die CDU ein neues Programm braucht? Antwort: Im Prinzip ja. Aber will sie denn eins?

## "Recht auf Wohnung" in der Schweiz

### Volksbegehren für verfassungsmäßig gesichertes Wohnrecht

Im Hinblick auf die heftige Auseinandersetzung, die zurzeit in der Bundesrepublik um Wohnungs- und Mietfragen geführt wird, dürfte dieser Beitrag unseres Schweizer Mitarbeiters von besonderem Interesse sein. Die Red.

Am 27. September werden die Schweizer Stimmbürger zu entscheiden haben, ob in die Bundesverfassung eine Bestimmung aufgenommen werden soll, daß jeder Schweizer ein Recht auf eine seinen Bedürfnissen entsprechende Wohnung hat, deren Mietzins oder Kosten seine finanzielle Leistungsfähigkeit nicht übersteigt.

Das "Recht auf Wohnung" ist der Kernpunkt einer Volksinitiative, welche eine in der französischsprachigen Schweiz beheimatete Familienorganisation erfolgreich vorgeschlagen hat. Wird das Begehren einer Mehrheit der Stimmbürger und Kantons gutgeheißen, hat der Bund die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit das Recht nicht nur auf dem Papier stehen bleibt. Wenn trotz allen Bemühungen in einem Kanton oder in einem Gemeinwesen ein Mangel an Wohnungen entsteht, wäre der Bund verpflichtet, zeitlich begrenzte Mieter-schutz-Bestimmungen zu erlassen.

Am Anfang stand die Familienorganisation allein auf weiter Flur. Obwohl niemand bestreiten konnte, daß vor allem in den Städten und in den Gemeinwesen nach wie vor unverminderte Wohnungsnot herrscht und die Mieter schamlos ausgenutzt werden können, gab es lediglich Unterstützung durch die "Partei der Arbeit". Bundesrat und Parlament verabschiedeten das Volksbegehren mit der Empfehlung an die Stimmbürger, die Initiative mit der Begründung abzulehnen, daß die Wohnungsnot mit besseren und "freierwilligeren" Mitteln zu beseitigen sei. Daraufhin begannen die Mieter den Kampf zur Durchsetzung ihres Begehrens. Ein einstimmiger Beschluß eines Kongresses der SP Schweiz beauftragte die Parteiführung, die Initiative im Abstimmungskampf aktiv zu unterstützen. Die zahlenmäßig nicht sehr starken christlichen Gewerkschaften schlossen sich an. Auch die freien Gewerkschaften stellten sich hinter das Volksbegehren. Während sich bei der "Freisinnigen Partei" noch eine erhebliche Mehrheit gegen das "Recht auf Wohnung" fand, ließen die Delegierten der "Konservativ-christlich-sozialen Volkspartei", der Schweizerischen CDU, ihre Prominenz im Stich und kamen mit einem Verhältnis drei zu zwei ebenfalls zu einem Ja. Die Mieter hatten damit einen ersten Sieg erzwungen.

Die "Erdrunde" aber steht noch offen. Noch halten die Gegner eines verfassungsmäßig verankerten Rechts auf eine angemessene Wohnung eine starke Position. Sie werden alles unternehmen, um zu verhindern, daß über die öffentliche Hand eine Normalisierung auf dem Wohnungsmarkt herbeigeführt wird. Ihre Parolen hießen bisher "kommunistisch inspiriert" und "Verstaatlichung des Wohnungswesens". Nach dem konservativ-christlich-sozialen Ja wird man sich aber wohl etwas anderes einfallen lassen müssen.